

Arbeiter  
Angestellte  
Beamte



Arbeiter  
Angestellte  
Beamte

# DAS STEUER- UND GROLLBLATT

[www.dstg-berlin.de/grollblatt](http://www.dstg-berlin.de/grollblatt)

## Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung



Als wiedergewählter DSTG-Landesvorsitzender begrüßte Detlef Dames in der öffentlichen Veranstaltung des Steuer-Gewerkschaftstages die Gäste aus Politik und Verwaltung und forderte in seiner Rede eine Abkehr vom Stellen- und Personalabbau in der Berliner Steuerverwaltung. Die viel beachtete Rede vom zweiten Tag des Steuer-Gewerkschaftstages veröffentlicht das Steuer- und Grollblatt ungekürzt.

### INHALTSVERZEICHNIS

Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung ...	25
Impressum .....	26

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Sehr verehrte Gäste!

Ich heiße Sie alle recht herzlich zu der öffentlichen Kundgebung auf dem Steuer-Gewerkschaftstag 2007 der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Berlin willkommen.

Insbesondere begrüße ich für die Senatsverwaltung für Finanzen Herrn Utz Eichholtz.

Des Weiteren begrüße ich die Vertreter der Parteien aus dem Berliner Abgeordnetenhaus,

- für die SPD Herrn Dr. Köhler, Mitglied im Abgeordnetenhaus
- für die CDU, den Fraktionsvorsitzenden Herrn Dr. Pflüger,
- für die Fraktion Die Linke, Frau Matuschek, Mitglied im Hauptausschuss,
- für Bündnis 90/Die Grünen, den Fraktionsvorsitzenden Herrn Ratzmann und
- für die FDP, den Fraktionsvorsitzenden Herrn Dr. Lindner.

Weiterhin sage ich ein herzliches willkommen den zahlreich erschienenen Vorsteherinnen und Vorstehern, für die ich stellvertretend besonders ihren Sprecher, den Leitenden Regierungsdirektor Herrn Lang, erwähnen möchte.

Besonders freue ich mich bei uns begrüßen zu dürfen:

- Unseren Bundesvorsitzenden, den Kollegen Dieter Ondracek,
- die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Helmut Overbeck, Joachim Rothe, Thomas Eigenthaler und



Öffentliche Veranstaltung des Steuer-Gewerkschaftstages 2007 mit Gästen aus Politik und Verwaltung

- Anne Schauer zugleich Landesvorsitzende in Hessen,
- den Bundesgeschäftsführer der DSTG, den Kollegen Rafael Zender,
- den Tarifreferenten der DSTG, den Kollegen Heinz Gewehr,
- die Bundesfrauenvertreterin der DSTG, die Kollegin Andrea Sauer-Schnieber,
- den Bundesjugendvorsitzenden, den Kollegen Mario Moeller, der im Übrigen gestern zum stellv. Landesvorsitzenden der DSTG in Berlin wieder gewählt wurde, weiterhin
- die stellv. Bundesjugendvorsitzende, die Kollegin Daniela Werner,
- sowie eine Vielzahl von Landes- und Bezirksvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und/oder deren Stellvertreter.

Ich darf weiterhin den von uns sehr ge-

schätzten Ehrenvorsitzenden der DSTG, den Kollegen Hermann Fredersdorf, in unserer Mitte willkommen heißen.

Ein recht herzliches Willkommen auch dem Landesbundvorsitzenden des dbb Brandenburg, dem Kollegen Heinz-Egon Müller.

Aus Berlin haben den Weg zu uns gefunden:

- der Landesbundvorsitzende des dbb berlin, der Kollege Joachim Jetschmann,
- der stellv. Landesbundvorsitzende des dbb berlin, gleichzeitig der Landesvorsitzende der Gewerkschaft kommunale Landesdienste, der Kollege Frank Becker,
- der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, der Kollege Bodo Pfalzgraf,

## DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

### IMPRESSUM

**DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb beamtenbund und tarifunion**

**Herausgeber:** Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)  
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo: 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do: 9:00 - 14:00 Uhr  
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

**Verantwortlich für den Inhalt:** Jürgen Köchlin

**Redaktion:** Detlef Dames (verantw.) Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder  
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

**Fotos:** DSTG Berlin Archiv

**Anzeigenverwaltung:** Götz Lemke

**Kontoverbindung:** Commerzbank AG Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 03 88 200 800

**Gestaltung/Layout:** Jürgen Köchlin

**Druck:** DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin (Spandau)  
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

**Titellayout:** Karsten Köchlin

**Auflage:** 8.100 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung 55. Jahrgang Ausgabe Nr. 5-6-2007

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

- der Landesvorsitzende des Verbandes für Bildung und Erziehung, der Kollege Helge Dietrich,
- für den Bund der Strafvollzugsbediensteten des Landes Berlin, der Landesvorsitzende Thomas Goiny,
- die Fraktionsführerin des dbb berlin im Hauptpersonalrat, die Kollegin Margit Kosanke.

Weiterhin heiße ich heute recht herzlich willkommen:

- den Vorsitzenden des Steuerberaterverbandes Berlin/Brandenburg, Herrn Wolfgang Wawro und
- den Geschäftsführer dieses Verbandes, Herrn Wolfgang Wehmeier,
- für den Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter das Vorstandsmitglied vom Landesverband Berlin/Brandenburg, Herrn Eberhard Walker,
- den Leiter der Bildungseinrichtung in KönigsWusterhausen, Herrn Rudolf Oehmen.

Und nicht zuletzt ein Willkommen den Vertretern der Selbsthilfeeinrichtungen und unseren Sponsoren. Ein Dankeschön an die PSD-Bank, die HUK-Coburg, das dbb-Vorsorgewerk, die Debeka-Versicherung und die IFA Reisevermittlungs-GmbH.

Zum ersten Mal darf ich auch einige Ehrenmitglieder des DSTG-Landesverbandes Berlin begrüßen, die im Kalenderjahr 2003 ernannt wurden und ihr Interesse an der Arbeit der DSTG mit ihrer Anwesenheit weiterhin dokumentieren.

Ich begrüße recht herzlich die Kollegin Erika Ehrhardt, den Kollegen Dieter Schroeter, die Kollegin Renate Komm und den Kollegen Norbert Gewies.

Ich begrüße auch recht herzlich die Vertreter der Medien und wünsche Ihnen einen gleichermaßen informativen, wie auch unterhaltsamen Vormittag.

Sollte ich bei meiner Vorstellung der Gäste jemanden übersehen haben, so möge man es mir nachsehen.

Die Vielzahl der erschienenen Gäste lässt die hohe Erwartungshaltung an die gestern neu gewählte Landesleitung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft erahnen. Einer Erwartungshaltung im Übrigen, der sich auch die Vertreter unserer Oberbehörde, aber auch die

Politiker in ihrem Mandat gleichermaßen immer wieder stellen müssen. Zurückblickend muss gesagt werden, die Einen haben uns enttäuscht, die Anderen haben kläglich versagt.

Vor fast genau vier Jahren beim letzten Steuer-Gewerkschaftstag sprach ich schon einmal vom Versagen der Politik. Um so bedauerlicher ist es, dass ich diese Worte wiederholen und erkennen muss, dass die Politiker sich in den zurückliegenden Jahren durch anhaltende Beratungsresistenz auszeichneten und die Situation der Steuerverwaltung sich seither verschlimmert hat.

Die jetzige Lage der Steuerverwaltung lässt sich kurz aber treffend mit den Worten skizzieren: „Früher war selbst die Zukunft besser!“

Zunächst einmal möchte ich kritisch anmerken, dass der Finanzsenator heute wieder nicht zu seinen Beschäftigten gefunden hat, auch seine Staatssekretäre nicht, um den politisch eingeschlagenen Weg in Berlin und die Rolle der Einnahmeverwaltung zu erläutern.

Dies ist beileibe nicht gegen Sie gerichtet, Herr Eichholtz, aber Sie mögen uns verzeihen, wenn wir sehr gerne für die Maßnahmen in der Steuerverwaltung aus dem Munde unseres Senators Begründungen gehört hätten



Er ist im übrigen, wie ich bereits andeutete, Wiederholungstäter, da er auch schon auf dem letzten Steuer-Gewerkschaftstag im Kalenderjahr 2003 sich hat vertreten lassen. Wie lernt man schon in Seminaren: Eine schlechte Führungskraft ist nicht, wer Fehler macht! Eine schlechte Führungskraft ist, wer immer die gleichen Fehler macht. Das gilt auch für Politiker.

In den zurückliegenden Jahren wurde der rigorose Sparkurs vom Finanzsenator fort-



von rechts: Ehrenmitglieder Renate Komm, Dieter Schroeter, Erika Ehrhardt und Horst Grützemann

und ihm auch einiges gerne persönlich ins Stammbuch schreiben würden. Um es noch einmal und diesmal recht deutlich zu sagen: Es ist eine Missachtung unseres Senators gegenüber seinen Beschäftigten, heute hier nicht zu erscheinen.

gesetzt, der in der Steuerverwaltung zu Stelleneinsparungen unerträglichem Ausmaßes führte.

Auch der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und den Beschäftigten der Steuerverwaltung

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

war und ist klar, dass die öffentlichen Kassen leer sind; aber:

Sind wir die Einzigen die wissen, dass sie nur zu füllen sind, wenn die Steuerverwaltung mit ausreichend Personal- und Sachmitteln ausgestattet wird?

Ist nur uns klar, dass wir eine Einnahmeverwaltung sind, mit deren zunehmender Arbeitsfähigkeit das Steueraufkommen steigt?

Wissen nur wir, dass die Finanzämter das letzte Bollwerk gegen Schwarzarbeit und Steuerkriminalität sind?

Ist nur uns bekannt, dass Finanzämter mit ausreichender Personal- und Sachmittelausstattung ein Garant für die Steuergerechtigkeit sind?

Sollten alle diese Erkenntnisse nicht zum Wissensstand des Finanzsenators gehören, hat er entweder falsche Berater oder aber seinen Beruf verfehlt.

An dieser Stelle hätte unser Finanzsenator unter Garantie den Kernsatz seines Folienvortrages zum Besten gegeben:

Das Land Berlin hat kein Einnahmeproblem!

Erschütterung würde sich unter uns breit machen, da wir doch wissen, dass die Einnahmen sich zu einem großen Teil aus Subventionen des Bundes und aus Zuflüssen aus dem horizontalen Finanzausgleich zusammensetzen.

Der derzeitige Zuwachs bei den Steuereinnahmen ist auch kein Beweis für die These des Finanzsenators, resultiert er doch aus den schon seit einiger Zeit existierenden Anweisungen an die FÄ, mehr Wert auf Quantität bei der Arbeitserledigung zu legen als auf Qualität. Zielvereinbarung heißt hier der magische Begriff.

Ich glaube, der Erfinder dieser Begriffsdefinition ist recht froh zu wissen, dass bei einem chirurgischen Eingriff sein Operateur einem anderen Qualitätsstandard unterliegt. Diese Anweisungen sind eine Bankrotterklärung der Senatsverwaltung für Finanzen und haben ihre Ursache in einem nicht sachgerechten Abbau von Stellen und Personal.



Ehemaliger DSTG-Bundesvorsitzender und Ehrenvorsitzender Hermann Fredersdorf mit weiteren Gästen

Spätestens aber seit Einführung der Verwaltungsreform hat der Begriff Qualität ohnehin eine recht eigenwillige Definition erfahren. So wurde die Qualität von Steuerbescheiden wie folgt definiert. Ich zitiere: „Qualität ist die Erfüllung der quantitativen Vorgaben seitens der Oberbehörde!“

Wir fordern daher eine Abkehr von diesem Raubbau, um wieder eine vollständige Erhebung der Steuereinnahmen und einen sachgerechten Gesetzesvollzug gewährleisten zu können.

Jedem Durchschnittsbürger erschließt sich die Erkenntnis, die Steuerverwaltung personell zu stärken, um die vorhandenen Steuerquellen ausschöpfen zu können; auf eine personelle Ausdünnung käme wohl niemand. Nur unser Finanzsenator!

Selbst die Ergebnisse der Personalbedarfsberechnung haben für ihn keinen Aussagewert. Man muss sich einmal vor Augen führen, was hier tatsächlich passiert. Es wird von der Senatsverwaltung für Finanzen für den Bereich der Steuerverwaltung, der Einnahmeverwaltung, eine Organisationsuntersuchung unter Zugrundelegung bundeseinheitlicher Muster vorgenommen, Personalbedarfsberechnung, abgekürzt PersBB genannt, und der Senator selbst hält das Ergebnis für irrelevant.

Da ringen monatelang Vertreter der Senatsverwaltung, des Gesamtpersonalrats und der Gewerkschaften um



Vorsteher Werner Lang (FA Körperschaften IV) und Vorsteher Michael Marquardt (FA Steglitz)

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

ein sachgerechtes Arbeitsergebnis. Jeder Tätigkeit im Rahmen des Gesetzesvollzuges wird ein Zeitfaktor beigemessen und verbissen um jeden Minutenansatz gerungen.

Und dann wird dieser eher zu niedrig bemessene Ansatz für den erforderlichen Personalbedarf in der Steuerverwaltung vom Finanzsenator als Berechnungsgrundlage genommen, um davon einen Abschlag vorzunehmen. Ohne sachlichen Hintergrund werden von ihm davon 10% gestrichen und schlichtweg behauptet, mit 90% des Personalbedarfs kann eine sachgerechte Aufgabenerledigung in den Finanzämtern erfolgen. Für diese Minderausstattung prägte er den Begriff „Entbehrungsquote“.

Die Beschäftigten in der Steuerverwaltung finden die Entbehrungsquote empörend. Schlimmer kann die Missachtung ihrer Arbeit kaum in Worte gefasst werden. In unseren Gesprächen wies der Finanzsenator immer darauf hin, dass auch in anderen Bundesländern die Personaldecke unterhalb der Personalbedarfsberechnung liegt.

Wir stellen jedoch fest: Es ist nicht schlau, sich anderen Dummen anzuschließen.

Hohe Steuereinnahmen mit wenig Personal ist eine Vorstellung, die in den Bereich der Fabel zu verbannen ist. Schon jedes Kind weiß, man kann nicht alles haben. Wie sagen wir Berliner: Man kann nicht det Omelett braten, ohne det Ei zu zerkloppen.

Das Verhalten des Finanzsenators ist natürlich auch geprägt durch den politischen Druck, der auf ihn ausgeübt wird. Die Rahmenbedingungen für sein politisches Wirken sind zwar keine Entschuldigung, aber wenigstens eine Erklärung. Er befindet sich in dem Spannungsfeld, seine eigene Verwaltung von Einsparungsmaßnahmen nicht ausnehmen zu dürfen, da Verantwortungsträger in anderen Bereichen sonst rebellieren, und den gutgemeinten Ratschlägen von Oppositionspolitikern, die Einsparungen nur nach aufgabengerechter Prüfung fordern.

Deshalb hier und jetzt ein kritisches Wort in Richtung der Politiker; egal welcher Couleur:

Ich habe in meiner langen Zeit als Landesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft wahrlich genug politisches Geschwätz von Regierungs- und Oppositionspolitikern gehört.

Ich bin es leid, mit ansehen zu müssen, dass unter ihrem Dilettantismus die Beschäftig-

ten in der Steuerverwaltung leiden müssen.

- Wenn Sie Stellenstreichungen nur nach Vornahme einer Aufgabenkritik befürworten, dann bringen Sie diese Prüfung auf den Weg.
- Wenn der horizontale Finanzausgleich eine personelle Besserausstattung in der Steuerverwaltung verhindert, dann arbeiten Sie an einer Änderung.

Beklagen Sie nicht nur die Schwierigkeiten, sondern arbeiten Sie an deren Beseitigung.

Das fehlende Personal ist nicht nur ein Problem der Steuerverwaltung, sondern eines jeden Politikers, der sich ernsthaft mit einer Haushaltskonsolidierung beschäftigt.



Delegierte des Steuer-Gewerkschaftstages 2007 aus den Berliner Bezirksgruppen

Alle organisatorischen Maßnahmen in der Steuerverwaltung zielen nur darauf ab, den erhöhten Arbeitsanfall mit dem zu kleinen Personalbestand zu bewältigen. Nicht anders sind die Einführung des Risikomanagements bei Arbeitnehmerveranlagungen und die des sogenannten Kombi-Sachgebiets zu erklären.

Als Vorläufer des Risikomanagements waren die schon seit langem existierenden internen Anweisungen zu verstehen, die da lauten: „Den Angaben der Steuerbürger in den Steuererklärungen ist grundsätzlich Glauben zu schenken.“ Eine Anweisung, die an Blauäugigkeit nicht zu übertreffen ist.

Grundsätzlich Glauben zu schenken und der erhöhte Zeitdruck für den Beschäftigten bedeutet doch nichts anderes, als bei der Be-

arbeitung von Steuererklärungen nach dem Motto verfahren zu müssen: „Die Sonne scheint zum Fenster rein, hak's ab, es wird schon richtig sein.“ Viele Kolleginnen und Kollegen haben damit jedoch ein erhebliches Problem. Mit einer qualitativ hochwertigen Ausbildung fällt es naturgemäß schwer, die Augen bei der Prüfung von Steuererklärungen wohlwollend verschlossen zu halten.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft begrüßt zwar, dass die Entscheidungszwänge von den Beschäftigten genommen wurden, beklagt aber, dass mit der Einführung des Risikomanagements Steuerminder-einnahmen in Kauf genommen werden.

Die Steuererklärungen, die unter den Begriff Arbeitnehmerveranlagungen fallen und

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

durch einen maschinellen Risikofilter gejagt werden, haben derzeit nur einen Vorteil:

Es findet eine Gleichmäßigkeit in der falschen Besteuerung statt. Eine Maschine nimmt naturgemäß nur Plausibilitätsprüfungen und keine Prüfungen inhaltlicher Natur vor. Eine Erweiterung dieses Verfahrens auf alle Veranlagungen ist aus fiskalischen Gründen nicht wünschenswert, da noch höhere Verluste von Steuereinnahmen zu erwarten wären.

Im Übrigen darf auch das unseriöse Verhalten der Verwaltung bei der Einführung des Risikomanagements nicht unerwähnt bleiben. Kritische Stellungnahmen der Pilotfinanzämter Tempelhof und Neukölln führten letztendlich zu wesentlichen Verbesserungen des Verfahrens. Sie waren aber offenbar so

Bei den noch anstehenden Problemen sollte die Senatsverwaltung für Finanzen ihr Verhalten so ausrichten, dass eine Anrufung des Verwaltungsgerichts und das Produzieren unsinniger Gerichts- und Anwaltskosten bei solch' eindeutigen Sachverhalten nicht mehr notwendig ist. Auch die Senatsverwaltung sollte ihren Beitrag zur sparsamen Haushaltsführung leisten.

Bedenklich stimmt auch, dass die Einführung des Risikomanagements von der Senatsverwaltung anfänglich damit begründet wurde, dass sich dem Personal die Möglichkeit eröffnen soll, nunmehr die großen und schwierigen Fälle genauer und intensiver prüfen zu können.

Nach der Einführung des Risikomanagements ist jetzt aber davon die Rede, dass weiteres Personal eingespart werden könne.

- nach den Vorstellungen der Senatsverwaltung für Finanzen - Beschäftigte in den Finanzämtern aus diesen vier Wissensbereichen alles können.

Wer in der Vergangenheit meinte, im Bereich der Veranlagungsstelle beispielsweise alles Erforderliche zu können, hat aus Sicht der DSTG nicht ganz die Wahrheit gesagt. Aus vier Wissensbereichen - und die Steuergesetzgebungsmaschinerie lässt nicht locker - alles wissen zu können, kann nur glauben, wer der Behauptung des Finanzsenators gedanklich folgt, sich Steuerrecht über die WISO-CD selbst beibringen zu können. Erschreckend ist jedoch, mit welcher Selbstherrlichkeit die Senatsverwaltung für Finanzen diese neue Struktur angeordnet hat, und zwar gegen den Willen der Beschäftigten, gegen die Stellungnahmen der Gewerkschaften und des Gesamtpersonalrats und gegen die Bedenken der meisten Vorsteherinnen und Vorsteher.



Delegierte aus den Berliner Bezirksgruppen verfolgen die Rede des Landesvorsitzenden

unerwünscht, dass weitere Kritik durch den Gesamtpersonalrat unterbunden werden sollte. Eine Verweigerung der Mitbestimmung war die Folge. Das Verwaltungsgericht hat nun zwischenzeitlich in dieser Angelegenheit entschieden, dass die Juristen der Senatsverwaltung gegen die Vorschriften des Personalvertretungsgesetzes verstoßen haben, und hat die Auffassung des Gesamtpersonalrats auf Mitbestimmung bestätigt.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Beschäftigtenvertreter neue Arbeitsmethoden nicht verhindern, sondern lediglich optimieren wollen.

Ein schlauer Mensch hat einmal gesagt: Konflikt ist nicht Malheur, sondern normal. Problematisch ist nur der Umgang damit und ihn nicht lösen zu können.

Wir sagen: „So nicht, verehrte Damen und Herren der Senatsverwaltung, wir lassen uns nicht für dumm verkaufen! Ein seriöser und partnerschaftlicher Umgang miteinander zum Wohle der Beschäftigten sieht anders aus!“

Auch die Einführung des Kombi-Sachgebiets, im Übrigen mein „Lieblingsthema“, ist der Tatsache geschuldet, mit zu wenig Personal ein höheres Arbeitspensum erledigen zu müssen.

Kurz zur Erläuterung: Über die Übergangslösung der Zusammenfassung des Bereichs der Finanzkasse/Buchhaltung 3 und der Vollstreckungsstelle zum Sachgebiet Erhebung und der Zusammenfassung der Veranlagungsstelle und der Lohnsteuerstelle zum Sachgebiet Festsetzung werden diese dann zum Kombi-Sachgebiet zusammengefasst. Ab dem Kalenderjahr 2010 sollen dann

Die anfänglich Behauptung, das Kombi-Sachgebiet nur im Wege der Freiwilligkeit einführen zu wollen, wurde von der Senatsverwaltung selber in einem Schreiben entlarvt:

*„Die häufig angesprochene Freiwilligkeit ist in einer Behörde nicht so zu verstehen, dass eine von den Entscheidungsträgern für erforderlich und umsetzbar gehaltene Maßnahme nicht umgesetzt wird, wenn sich bei einer Umfrage der Personalvertretung die Beschäftigten mehrheitlich für die Beibehaltung der bisherigen Strukturen aussprechen.“*

Ist das gelebte Verwaltungsreform? Ist die Meinung der Praktiker nichts wert?

Selbst ein Thesenpapier der Referatsleiter/innen Organisation des Bundes und der Länder aus dem Kalenderjahr 2001 formuliert dazu:

*„Die Qualität des Verwaltungshandelns wird maßgeblich von der Motivation der Beschäftigten geprägt. Verunsicherungen der Beschäftigten sind zu vermeiden. Dem hat die Verwaltung Rechnung zu tragen...“* Dem ist nichts hinzuzufügen.

Bei Umsetzung des Konzeptes Kombi-Sachgebiet würde unweigerlich in erheblichem Umfang Fachwissen verloren gehen. Wie sagte doch ein Jurist aus einem Finanzamt so treffend: Wir sind auf dem besten Weg, Universaldilettanten zu werden!

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat sich im Übrigen nicht gegen eine Veränderung

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

gesperrt, sondern ein Modell mit der Bildung von Sachgebieten Festsetzung und von Sachgebieten Erhebung befürwortet.

Aus rechtlichen Bedenken und aus Sorge um die Beschäftigten und aus Sorge über den unvermeidlich damit verbundenen Rückgang der Steuereinnahmen hat sich die Deutsche Steuer-Gewerkschaft eindeutig gegen das Kombi-Sachgebiet ausgesprochen.

Bedenken auf Seiten der Senatsverwaltung für Finanzen, dass ein Beschäftigter aus vier Wissensbereichen nicht alles können kann, bestehen grundsätzlich nicht; herrscht doch gerade in der Laufbahn des höheren Dienstes die Meinung vor, dass ein Jurist sich innerhalb kürzester Zeit in jede Funktion zu 100% einarbeiten kann. Realisten unter den Vertretern des höheren Dienstes und die Angehörigen der übrigen Laufbahnen wissen diese Behauptung richtig einzuordnen.

Interessant ist, dass die Senatsverwaltung für Finanzen den Beschäftigten derzeit nicht zutraut, aus allen Wissensbereichen alles zu können, da die Separierung der Abteilungen in der Vergangenheit zu strikt gehandhabt wurde. Aber – so die Senatsverwaltung für Finanzen – künftige Lehrgangabsolventen wären nach ihrer umfassenden Ausbildung in der Lage, dieses Anforderungsprofil zu erfüllen.

Wen meint die Senatsverwaltung für Finanzen denn damit? Etwa die 15 Nachwuchskräfte des gehobenen Dienstes, die im Kalenderjahr 2007 angeblich in Ausbildung gebracht werden sollen?

Fest steht, dass zumindest die Personalabgänge durch Einstellungen wieder aufgefüllt werden müssen. Hierbei ist der im Kalenderjahr 2005 beschlossene Einstellungskorridor ein Weg in die richtige Richtung gewesen, sah er doch vor, die Personalabgänge in Gänze durch Einstellungen zu ersetzen. Einer drohenden Überalterung muss rechtzeitig und wirksam entgegengetreten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auf dem letzten Steuer-Gewerkschaftstag habe ich für die Motivation der Beschäftigten eine bessere Sachmittelausstattung gefordert.

Was die Computerausstattung anbelangt, sind wir in der Zwischenzeit auf einem guten Weg. Die Übernahme der bayerischen Automationsverfahren, die unter der Be-

zeichnung EOSS zusammengefasst werden, soll ab 1. Januar 2008 erfolgen. EOSS ist die Abkürzung für **E**volutionär **O**rientierte **S**teuer **S**oftware. Dem sogenannten EOSS-Verband gehören bereits 11 von 16 Bundesländern an. Die Umsetzung des bisher größten Automationsprojektes der Berliner Steuerverwaltung ist zwingend notwendig, da keine andere Alternative existiert.

Es wird jedoch ein gewaltiger Kraftakt, der auch den Beschäftigten vieles abverlangen wird. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft unterstützt dieses neue Automationsverfahren, sieht aber angesichts der in allen anderen Bundesländern bei Einführung eingetretenen Terminverzögerungen dem Datum in Berlin zum 1. Januar 2008 mit Skepsis entgegen. Mit der eigens zu Informationszwecken entwickelten Homepage für die Beschäftigten ist der Senatsverwaltung für Finanzen ein lobenswerter Wurf gelungen.

Wenn jetzt noch der Gesamtpersonalrat alle Beteiligungsvorlagen im Wege der Mitbestimmung bekommt!?! Kaum auszudenken!

Umzüge und Umstrukturierungen in den Finanzämtern sollten angesichts dieses gewaltigen Projektes von der Senatsverwaltung zurückgestellt werden.

Meine Klagen auf den beiden letzten Gewerkschaftstagen über die beiden maroden Finanzämter, das stacheldrahtbewehrte Mauerequiepmnt vor dem Finanzamt Treptow/Köpenick und die baufällige Außenfassade des Finanzamts Schöneberg gehören der Vergangenheit an, da diese Defekte zwischenzeitlich behoben wurden.



Apropos Finanzamt Schöneberg. Unser Finanzsenator hielt in der Info-Zentrale des Finanzamts Schöneberg eine Pressekonferenz ab und warb für Elster. Die Finanzamtsbediensteten hatten tags zuvor den Eindruck, der US-Präsident macht einen Staatsbesuch in ihrem Finanzamt oder zumindest in einem Teil davon.

Nie da Gewesenes wurde möglich. Die Info-Zentrale wurde grundgereinigt, der Fahrstuhl spiegelblank geputzt. Zur Verschönerung des Empfangs wurden Blumentöpfe bereitgestellt, Hinweisschilder zur Info-Zentrale angefertigt und Namensschilder an Dienststräume angebracht. Die seit Anbeginn defekte Eingangstür wurde repariert. Selbst der Bürgersteig vor dem Finanzamtseingang wurde feucht gewischt. Der BIM-GmbH war nichts zu teu-



von links: DSTG-Bundsvorsitzender Dieter Ondracek, Kollege Utz Eichholtz, Senatsverwaltung für Finanzen, stv. Landesvorsitzende Carola-Maria Collé, stv. DSTG-Bundsvorsitzender Helmut Overbeck

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

er, allerdings nur für die Protokollstrecke des Finanzsenators. Da sollte dem Finanzsenator doch empfohlen werden: Will er ein Finanzamt im Echtbetrieb sehen, muss er unvorangemeldet kommen. Will er den Beschäftigten eines Finanzamtes etwas Gutes tun, dann sollte er angemeldet kommen und alle Gebäudeteile des Hauses besichtigen wollen. Wir können davon ausgehen, dass die BIM-GmbH aus diesem Finanzamt ein Muster-Finanzamt machen würde.

Es handelt sich im Übrigen um die gleiche BIM, die durch ihr Missmanagement im Zusammenhang mit den Reinigungsfirmen die Finanzämter verdrecken lässt.

Wer sind wir denn, dass so mit uns umgegangen werden kann? Ist auf das Reinlichkeitsempfinden eines Finanzsenators mehr Wert zu legen, als auf das seiner Beschäftigten? Wir sagen entschieden nein und fordern die BIM auf, den Reinlichkeitsstandard in den Finanzämtern entscheidend zu verbessern!

Vor einiger Zeit wurde der ehemalige Chef der BIM, Herr Teichert – wegen seiner außerordentlichen Verdienste bei der BIM – zum Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Finanzen. Bösen Zungen, die behaupten, er wurde weggelobt, sei gesagt, dass an diesem Gerücht nichts dran ist. Auch nach seinem Weggang bei der BIM wurde die Zusammenarbeit mit ihr nicht besser.

Ende 2006 fiel unser neuer Staatssekretär, im Übrigen aus dem Saarland kommend, mit einer richtungsweisenden Idee auf. Er stellte die kühne Behauptung auf, dass in der Spielbank des Landes Berlin das Personal in der Spielbankaufsicht des Landes Berlin für den Bereich des Automatenspiels gesenkt werden könne. Schließlich käme das Saarland auch mit weitaus weniger Personal aus. Und schwupps gab es eine nicht nachvollziehbare Organisationsuntersuchung, deren Ergebnis ein Einsparvolumen von 53 Kolleginnen und Kollegen in der Spielbankaufsicht ergab.

Der Herr Staatssekretär hat dabei nur wesentliche Unterschiede zwischen dem Saarland und Berlin übersehen:

Erstens: Das Spielbankgesetz des Landes Berlin schreibt in § 6 vor, dass der Spielbetrieb am Spielort laufend zu überwachen sei. Spielorte für das Automatenspiel gibt es in Berlin im Übrigen sechs.

Zweitens: Eine derartige Vorschrift existiert im Saarland nicht, weil drittens: Das

Saarland im Gegensatz zum Land Berlin selbst Teilhaber der Spielbank ist und damit kein vorrangiges Interesse an der Überwachung hat.

Mit rund 20 Aufsichtspersonen ist eine laufende Überwachung an 6 Spielorten nicht zu gewährleisten. Da hilft es auch nicht, durch Ausführungsbestimmungen vom 29.03.2007 eine neue Definition für eine laufende Überwachung am Spielort zu schaffen. Juristisch vorgebildete Menschen sollten im Übrigen wissen, dass gesetzliche Regelungen denen von Ausführungsbestimmungen vorgehen.

Ein Blick über den Tellerrand des Landes hinaus hätte vielleicht auch einen wichtigen Fingerzeig in die richtige Richtung gegeben.

erneut feststellen: Wer sind wir denn, dass so mit uns umgegangen werden kann?

Bislang war uns nicht klar, dass in der vollen Hingabe an den Beruf auch gleichzeitig der Tritt in den Allerwertesten enthalten war.

Jeder, der etwas vom Dienstrecht versteht, weiß, dass es neben den Pflichten der Beamten auch Rechte gibt, die den Dienstherrn in die Pflicht nehmen. Ein Recht gilt es dabei besonders hervorzuheben: Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn.

Wir mahnen daher alle Vertreter der Senatsverwaltung: Kommen Sie Ihrer Pflicht nach der gebotenen Fürsorge in Worten und in Taten nach. Tun Sie es in dem Bewusstsein,



Jacqueline Sommermeyer, Gabriela Kluge, Detlef Hentschel, Bernd Mohrenz und Florian Hesse

Auch Brandenburg hat in der Spielbank in Potsdam eine Personalreduzierung ähnlichen Ausmaßes vorgenommen und diese dann aber wegen eines 50%igen Rückgangs bei den Steuereinnahmen aus diesem Bereich wieder rückgängig gemacht.

Wir fordern daher die Rückgängigmachung der Personalreduzierung bei der Spielbankaufsicht.

Beschämend ist aber auch, wie die Senatsverwaltung für Finanzen mit dem Personal umgeht, das wegen der Reduzierung der Spielbankaufsicht in die Finanzämter versetzt werden soll. Diese Versetzungen wurden z.B. mit den folgenden Worten schmackhaft gemacht: "Wer in den öffentlichen Dienst geht, kann nicht nur fordern, sondern muss auch geben." Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen und dann mit Empörung

dass auch die Beschäftigten noch immer ihren Pflichten nachgekommen sind.

Obwohl die Referatsleiter/innen Organisation des Bundes und der Länder in einer Zieldefinition für den Dienstleister Steuerverwaltung neben den Zielfeldern Auftragserfüllung, Kundenzufriedenheit, wirtschaftlicher Ressourceneinsatz auch die Mitarbeiterzufriedenheit benannt, genießt diese offenbar in unserer Senatsverwaltung, aber auch leider bei einigen Vorstehern und Vorsteherinnen nur untergeordnete Bedeutung.

Wie schon dargelegt, zählen die Meinung zu Arbeitsabläufen und die Forderung nach Wohlbefinden der Beschäftigten am Arbeitsplatz nichts.

Die Verwaltung wird nicht müde, neue Methoden der Demotivation zu ersinnen.

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

Aktuell sind es die neuen Beurteilungsrichtlinien. Den vielleicht verwunderten Politikern sei erläutert, dass die Leistungsmessung der Beamten in der Steuerverwaltung schon immer in Form von Beurteilungen in einem dreijährigen Turnus vorgenommen wurde. Sie waren und sind Grundlage für Beförderungen, die aber zwischenzeitlich so selten geworden sind, dass sich nur noch die älteren Kolleginnen und Kollegen von uns dunkel daran erinnern können.

Die neue Beurteilungsrichtlinie in der Steuerverwaltung leidet derzeit an einem Akzeptanzproblem.

Die freiwillige Selbstbindung der Vorsteherinnen und Vorsteher, nach der nicht mehr als 20% der zu Beurteilenden unter Zugrundelegung der Gauß'schen Normalverteilungskurve mit den Noten „A“ und „B“ bedacht werden dürfen, ersetzt allorts den nicht vorhandenen Beurteilungsmaßstab.

Politiker den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weiß Gott viel abverlangt und zugemutet.

Mit dem Spardiktat von jährlich 500 Millionen Euro seit dem Kalenderjahr 2004 wurden viele einschneidende Maßnahmen begründet, die das Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin kürzten.

Hierzu eine kurze Aufzählung:

- Einführung der Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe
- Einführung der Praxisgebühr
- Streichung des Urlaubsgeldes und Kürzung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten
- Abschluss des Anwendungstarifvertrages mit 8-12%iger Kürzung der Vergütungen bei den Arbeitnehmern.



Sich der Forderung nach Streichung von Jubiläumszuwendungen und des in diesem Zusammenhang gewährten freien Tages anzuschließen, verblüfft uns jedoch bei einer Partei wie der CDU, Herr Dr. Pflüger. Anerkennungen dieser Art sind in der Wirtschaft gang und gäbe. Es wäre nicht nur richtig, sondern auch weiterhin zeitgemäß, derartige Anerkennungen den Beschäftigten zukommen zu lassen.

CDU-Vertreter wiesen uns übrigens in den letzten Gesprächen auf die zunehmende Bedeutung der Kosten-Leistungsrechnung hin. Ihrem Ratschlag zufolge sollten wir im Bereich der Steuerverwaltung darauf achten, jeder Tätigkeit und jedem Verwaltungsakt eine Steuereinnahme zuordenbar zu machen, um dann jede Tätigkeit für unverzichtbar zu erklären und Stellenstreichungen damit verhindern zu können.

Neben den bereits heute geschilderten Schwierigkeiten wiesen wir darauf hin, dass diese Zuordnung nicht durchgängig vorgenommen werden kann; beispielsweise ist dieses bei einem Grundlagenbescheid nicht separat möglich, da er in den Folgebescheid einfließt. Die dann gegebene Antwort verblüffte uns schon. Zitat: "Wenn dem Feststellungsbescheid keine Steuereinnahmen direkt zuordenbar sind, dann gehört er abgeschafft!"

Mein lieber Mann, da springt einem aber die blanke Fachkompetenz ins Gesicht. Enno Becker würde sich im Grabe umdrehen.

Für uns nur ein Indiz, dass man Politiker nicht so einfach machen lassen darf; und an die



v. lks: stv. DSTG-Bundesvorsitzende Joachim Rothe und Thomas Eigenthaler, stv. DSTG-Landesvorsitzende Christa Röglin, Landesvorsitzender Joachim Jetschmann (dbb berlin) und Dr. Martin Lindner (FDP)

Die Akzeptanz kommt allein schon deshalb ins Wanken, weil unter Zugrundelegung der gleichen Gauß'schen Normalverteilungskurve in der Senatsverwaltung für Finanzen diese Quote 30% beträgt.

Eine Evaluation der Beurteilungsrichtlinie ist dringend notwendig und zwar schon jetzt und nicht erst, nachdem auch noch die Laufbahn des mittleren Dienstes per 1. Januar 2008 durch die Stichtagsbeurteilung in die Demotivation gestürzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den zurückliegenden Jahren haben die

Wir, die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, stellen fest, der öffentliche Dienst hat genug gebutet. Damit muss jetzt Schluss sein! Wer gute Arbeitsergebnisse erzielt, hat auch Anspruch auf eine angemessene Bezahlung.

Wir wissen, dass Oppositionspolitiker sich profilieren müssen. Aber bitte nicht auf Kosten des öffentlichen Dienstes.

Die Giftliste des Innensenators Dr. Körting – bestehend aus 51 Streichvorschlägen im öffentlichen Dienst – sollte von den Parteien sorgfältig begutachtet und nicht ungefiltert übernommen werden.

# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

Adresse der CDU gerichtet: Bleiben Sie um Gottes Willen nur mit uns im Gespräch.

Auch die Beihilfe wird immer wieder als besonderes Beamtenprivileg gebrandmarkt. Dabei ist die Beihilfe nichts anderes als die für den Dienstherrn kostengünstigere Variante eines „Arbeitgeberanteils“ zur Krankenversicherung. Sie stellt kein Privileg und kein besonderes Geschenk dar, sondern steht eben an Stelle des normalerweise vom Arbeitgeber zu zahlenden gesetzlichen Beitrags zur

gesetzlichen Krankenversicherung bei Nicht-Beamten. Sie kommt dem Dienstherrn preiswerter als ein rechnerischer Arbeitgeberanteil. Und dennoch wird an der Beihilfe herumgebastelt, wird abgestrichen, werden neue Sparmaßnahmen verordnet.

Die Forderung von Bündnis 90/Die Grünen, die Beihilfe nur auf den Regelsatz mit dem Faktor 1,8 zu begrenzen und damit eine Kürzung auf das allgemeine Krankenkassen-niveau vorzunehmen, trifft nur die Be-

schäftigten des öffentlichen Dienstes, deren Selbstbehalt dann größer würde. Richtiger wäre, an die Gebührenordnungen der Ärzte heranzugehen und dort eine Begrenzung auf den Regelsatz vorzunehmen. Der Effekt für die Beihilfe ist der Gleiche.

Die FDP, Herr Dr. Lindner, zieht schon seit Jahren mit der gleichlautenden Forderung nach Einsparungen von 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst durch die Lande, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass bereits in erhebli-

**DSTG - fachkundig, kompetent, anerkannt**

Anzeige



„psd...weitersagen!“  
**Bestes Gehaltskonto!**

Die gute Zusammenarbeit von öffentlichem Dienst und PSD Bank Berlin-Brandenburg eG hat sich bewährt. Unsere günstigen Produkte und der gute Service zahlen sich für Sie aus – und das in barer Münze, wie die Stiftung Warentest in einer aktuellen Ausgabe ihrer Zeitschrift FINANZtest feststellt. Lesen Sie selbst.

Auszug aus FINANZtest 7/2005: „Unser Rat“

„Kostenlos. Das beste Gehaltskonto im Test ist das Giro Direkt der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG. Das Konto mit ec- und Kreditkarte ist ohne Bedingungen kostenlos. Es kann über die Bankfiliale oder online geführt werden. Die Bank verzinst Guthaben und verlangt nur geringe Dispozinsen. Bekommen können Sie das Konto, wenn Sie in Berlin oder Brandenburg wohnen oder beim Bundesgrenzschutz oder Zoll arbeiten.“

#### PSD GiroDirekt – das Giro, das mitverdient

- Kostenlose Kontoführung
- Kostenlose BankCard und Kreditkarte
- Kostenlose Bargeldverfügung an über 18.200 Geldautomaten der genossenschaftlichen Bankengruppe
- Gestaffelte Guthabenzinsen ab dem ersten Cent
- Günstiger PSD DispoKredit zzt. 8,20 % p.a.

Stand: 30.05.2006

Weitersagen: [www.psd-berlin-brandenburg.de](http://www.psd-berlin-brandenburg.de) oder **01803 / 850 820**

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



# Steuer-Gewerkschaftstag Berlin 2007: Forderungen der DSTG Berlin an Politik und Verwaltung

chem Umfang Stellen im öffentlichen Dienst eingespart wurden. Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst sind immer gern gesehen und werden Sie, da machen Sie sich mal keine Sorgen, immer wieder in die Presse bringen. Die Korrektur der Zahl würde Ihnen aber zu mehr Glaubwürdigkeit verhelfen.

Der mit dieser Stelleneinsparung verbundene Vorschlag, die dann noch im Staatsdienst verbliebenen Beschäftigten besser zu bezahlen, wird von unserer Kollegenschaft gern – weil verdient – angenommen. Bei gleichbleibendem Arbeitsanfall werden Sie sich aber den berechtigten Einwand gefallen lassen müssen, dass für jeden Beschäftigten der Tag trotzdem nur 24 Stunden hat und jeder nur seinen Arbeitsplatz und nicht noch den von den eingesparten Kolleginnen und Kollegen übernehmen kann.

Wie Ihre Forderung nach Stellenabbau im öffentlichen Dienst mit Ihrem Wahlspruch: "Konsequent für mehr Jobs!" vereinbar ist, ist mir schlicht schleierhaft.

Anträge von Politikern im Abgeordnetenhaus sollten immer von Sachkenntnis geprägt sein. Die Forderungen nach Stellenstreichungen muss immer aufgabenkritisch unterlegt und nicht wahlpropagandistischen Grundsätzen geschuldet sein. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ist gerne zu Gesprächen und der Vermittlung von Hintergrundwissen bereit.

Die Verantwortung der Politiker für den öffentlichen Dienst und damit für dessen inneren Frieden ist umfassender als jedem wohl bislang klar war. Deshalb möchte ich die Politiker im Allgemeinen und den Finanzsenator im Besonderen heute an viele Punkte, die einer Erledigung bedürfen, noch einmal erinnern und eindringlich einfordern:

1. Wir fordern, den Ergebnissen der Personalbedarfsberechnung Rechnung zu tragen und die Steuerverwaltung von Stelleneinsparungen auszunehmen!
2. Wir fordern, in allen Laufbahnen Nachwuchskräfte einzustellen und den Einstellungskorridor für die Steuerverwaltung mindestens in Höhe der ausscheidenden Dienstkräfte zu beschließen!
3. Wir fordern die Abkehr von dem Strukturmodell Kombi-Sachgebiet in den Finanzämtern!

4. Wir fordern die Beibehaltung einer Altersteilzeitregelung und die Beibehaltung der Möglichkeit von prämienbegünstigtem Ausscheiden!
5. Wir fordern: Finger weg von der Beihilfe!
6. Wir fordern, spätestens nach Auslaufen des Anwendungstarifvertrages die Übernahme der Regelungen des TVöD bzw. des TV-L!
7. Wir fordern zeitgleich die Rücknahme der Streichung bzw. der Kürzungen der Sonderzuwendungen bei den Beamten!
8. Wir fordern im siebzehnten Jahr nach der Wiedervereinigung die innere Einheit zu vollenden! Sowohl bei der Bezahlung als auch bei der Arbeitszeit!
9. Wir fordern die Teilhabe der Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung und damit die Übernahme der über den TV-L vereinbarten Gehaltssteigerungen (Einmalzahlungen und lineare Anpassung um 2,9 %) auch in Berlin sowohl für den Tarif- als auch den Beamtenbereich.

Im Namen aller Beschäftigten in der Steuerverwaltung wiederhole ich noch



einmal die schon oft ausgesprochene Forderung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft an den Finanzsenator und bitte Sie, sehr geehrter Herr Eichholtz, diese entsprechend zu übermitteln:

Seien Sie nicht nur Sparsenator, sondern sorgen Sie sich auch um die Belange der Beschäftigten in Ihrer eigenen Verwaltung.

Ich danke Ihnen allen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.



Öffentliche Veranstaltung: Viel Applaus für die Rede des Berliner DSTG-Landesvorsitzenden Detlef Dames

# DSTG-Mitgliederleistungen . . .

Beispiel

Service: Information, Beratung, Rechtsschutz

## „Fehlzeiten, amtsärztliche Untersuchung, Dienstunfähigkeit“

Sind Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig erkrankt, klärt der Dienststellenleiter mit dem örtlichen Personalrat (öPR), bei schwer behinderten Menschen zusätzlich mit der örtlichen Schwerbehindertenvertretung, mit Zustimmung und Beteiligung des erkrankten Beschäftigten die Möglichkeiten (!), wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden, mit welchen Hilfen erneuten Fehlzeiten vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann!

Fachkundige DSTG-Funktionsträger, die sich mit dem Landesbeamtengesetz (LBG) und dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) auskennen, stehen betroffenen DSTG-Mitgliedern - auch telefonisch - beratend zur Seite!

**Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!**

**DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung**

Ausfüllen und bitte an die DSTG-Berlin senden:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Berlin  
Motzstraße 32**

**FAX: 030 21473041**

**10777 Berlin**

**Ja**, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und erkläre meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung vom ..... 2007.

Name: ..... Vorname: ..... Geburtsdatum: .....  
Anschrift: .....  
Telefon privat: ..... E-Mail privat: .....  
Dienststelle: ..... Telefon dienstl.: .....  
Besoldungsgruppe A ..... Vergütungsgruppe: BAT ..... teilzeitbeschäftigt: ..... seit: .....

Hiermit ermächtige ich - jederzeit widerruflich - die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Landesverband Berlin - die satzungsgemäßen Beiträge vierteljährlich zum 15.02., 15.05. 15.08. und 15.11 jedes Jahres zu Lasten meines Kontos bei(m) .....

Bankleitzahl: ..... Kontonummer: .....  
einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung zur Einlösung. Dadurch verursachte Mehrkosten gehen zu meinen Lasten. Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der obigen Angaben.

..... , den .....  
(Unterschrift)